

Vorwort

NPD an der Waterkant.

An der Elbe belasten interne Konflikte die Parteiaktivitäten.
Von Andreas Speit.

2

Aktuelles von der Hamburger Kameradschaft »Weisse Wölfe Terrorcrew.«

Von Marlene Hansen
und Hülya Acar.

5

Rechtsrock in Hamburg.

Von Isa Kramer.

7

Monitoring Rechtsextremismus aktuell 09-2014

Im November 2013 hat das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT Hamburg) die Broschüre *Umkämpfte Räume. Extrem Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme.* herausgegeben. Anliegen der Broschüre war es einerseits die extreme Rechte in Hamburg zu beleuchten, andererseits das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie zu würdigen. Der vorliegende Monitoring Bericht knüpft an den Recherchestand der Broschüre vom November 2013 an.

Die verschiedenen AkteurInnen und Strukturen der extremen Rechten sind ebenso wenig statisch, wie die Initiativen und Protestformen gegen sie. Veränderungen sind immer wieder zu beobachten. Die *umkämpften Räume* sind **in Bewegung**. Dieser Monitoring Bericht soll darum in unregelmäßigen Abständen erscheinen und Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) Rechte Strukturen in Hamburg einerseits, über neue Aktivitäten und Initiativen gegen Rechts andererseits liefern, die **bewegten Räume** darstellen und begleiten.

In dem Artikel »*NPD an der Waterkant – An der Elbe belasten interne Konflikte die Parteiaktivitäten.*« wird die derzeitige Situation des Hamburger Landesverbandes der NPD analysiert und in Bezug zu bundesweiten Entwicklungen der NPD gesetzt.

Der Beitrag »*Aktuelles von der Hamburger Kameradschaft „Weisse Wölfe Terrorcrew“*« dokumentiert deren Aktivitäten und Vernetzung nicht nur in Hamburg. Dabei wird leider auch deutlich, dass sich diese Kameradschaft vom Vorgehen der Polizei und Justiz unbeeindruckt zeigt und ihre Aktivitäten kaum einschränkt.

In dem Bericht »*Rechtsrock in Hamburg*« wird das Augenmerk auf die zwei über Hamburg hinaus aktiven und bekannten Rechtsrockbands »Abtrimo« und »Likedeeler« gelegt.

MBT Hamburg, September 2014

NPD an der Waterkant

An der Elbe belasten interne Konflikte die Parteiaktivitäten.
Von Andreas Speit

Der neue Landesvorsitzende ist der alte Landesvorsitzende. Am 2. Juni diesen Jahres hob das Schiedsgericht der Hamburger NPD den Parteiausschluss ihres Vorsitzenden Thomas Wulff durch die Bundesführung auf. »Sieg!«, titelte das Szeneportal Altermedia. Die radikale Website aus dem Norden erfreute die Niederlage des Bundesvorsitzenden Udo Pastörs. Seit Monaten schien das Verhältnis zwischen Bundesvorstand und Landesvorstand schon angespannt. Ein Zustand, den zurückliegende Vorhaltungen von Pastörs und Wulff mit erwirkten.

Im April hatte die Bundesführung auf ihrer Sitzung in Berlin beschlossen, den neu gewählten Vorsitzenden in Hamburg mit sofortiger Wirkung des Amtes zu entheben und aus der Partei auszuschließen. »Auf der Vorstandssitzung bestätigte sich, dass Herr Wulff sich als Nationalsozialist versteht«, sagte Frank Franz, Pressesprecher der NPD und betonte: »Wir sind Nationaldemokraten.«

Einen Monat zuvor war Wulff bei der Vorstellung zu seiner Kandidatur für den Landesvorsitz deutlich geworden. Der damalige Landesvize erklärte von sich selbst »Nationalsozialist« zu sein. Auf der darauf folgenden Sitzung am 2. März wurde er zum Vorsitzenden gewählt. Wulff, dessen Spitzname »Steiner« auf den Waffen-SS-General Felix Steiner anspielt, rechtfertigte das Statement offensiv: Die Mitglieder hätten schließlich wissen sollen, wo er sich verorte. Dem Landesverband gefiel es, der Bundesführung nicht. Sie dürfte die Sorge vor dem drohenden Verbotverfahren zu der Entscheidung bewegt haben – aber auch, dass Pastörs und Wulff seit Jahren nicht miteinander auskommen. Wulff, der das Netzwerk der Freien Kameradschaften mit aufbaute, legte wie zu erwarten »Beschwerde« gegen den Rausschmiss ein – an Adolf Hitlers Geburtstag. Er forderte »Keine weitere Entnazifizierung der NPD!« und griff den »Übergangsvorsitzenden« Pastörs wegen der »Dümmlichkeit« von dessen Aussagen an. In der »Beschwerde« vom 20. April 2014 führte er breit aus, dass er in Rücksprache mit dem damaligen Bundesvorsitzenden Udo Voigt vor zehn Jahren bewusst als »Nationalsozialist« in die Partei eingetreten war, um eine »Volksfront des nationalen Widerstandes« zu schaffen.

Die Freien Kameradschaften verstanden das Signal, diese Netzwerke begannen die Partei zu unterstützen, Kameradschaftsanhänger wurden Parteimitglieder. Bis heute schätzen verschiedene Rechtsextremismuse-

xpertInnen, dass erst das Miteinander von Partei und Kameradschaften die NPD-Landtagswählerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ermöglichte. An der Elbe rückten damals auch NPD- und Kameradschaftsmitglieder zusammen.

In der Partei begannen sich Kader des 2000 verbotenen »Hamburger Sturm« (HS) wie Torben Klebe und Jan Steffen Holthusen einzubringen. Keine Überraschung: Wulff, der in Hamburg seine politische Karriere startete und heute mit seiner Familie in Amholz lebt, war schon lange mit ihnen verbunden. Mit dem neuen Zulauf brach in der NPD an der Elbe aber auch ein interner Machtkampf aus. Die damalige Landesvorsitzende Anja Z. begannen die neuen Mitglieder zu bekämpfen, um ihren gewünschten Landesvorsitzenden durchzusetzen. Erfolgreich: 2007 übernahm Jürgen Rieger die Führung. Nach weiteren internen Streitereien verließ Z. allerdings die Partei.

Vor allem einer machte sich für Rieger, der bis zu seinem überraschenden Tod 2009 als Szeneanwalt, Immobilienverwalter und Vereinsvorsitzender nachhaltig bundesweit agierte, stark: Wulff. In der Szene gilt er als politischer Ziehsohn von Rieger, der in Blankenese eine Kanzlei unterhielt. Bereits mit Rieger war Pastörs quer, er hielt den Anwalt für nicht fähig einen »gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus« zu vermitteln, der die soziale Fragen aufgreife. Ewiggestrig, rückwärtsgewandt und zu sehr im Nationalsozialismus verhaftet, waren die Vorwürfe. Ein Disput über die Strategie, nicht über die Ideologie, der bis heute nachwirkt. Kurz vor Riegers Tod wurde der Konflikt zwischen den Pastörs-Getreuen und Rieger-Verbundenen massiv befeuert. Der Anlass: Geld und Kredite.

Im Laufe des Streites war Rieger immer wieder vorgehalten worden, zu versuchen mit Geld die Parteientscheidungen zu beein-

flussen. »Infam«, schimpfte der Angegriffene. Im Februar 2009 lag der taz allerdings ein drei Jahre alter Brief Riegers vor. In dem Schreiben vom 2. März 2006 legte Rieger gegenüber dem damaligen Bundesvorsitzenden Voigt dar, dass er Stefan Köster, heute NPD-Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, und Pastörs für völlig unpassend halte. Deswegen, so Rieger, sei »jeder Cent, der in die mecklenburgische Wahl hineinsteckt wird«, verloren. Eine Rettung für die Wahl wüsste er jedoch: »Mit mir als Kandidaten hätte die NPD mithin größere Chancen.« Ganz von sich überzeugt, glaub-

te er, ein »besserer Fraktionsvorsitzender als Pastörs« sein zu können. Eine andere Personalempfehlung gab er zudem: Wulff, der wäre für den Verfassungsschutz »nicht käuflich«. Verärgert führte er weiter aus, dass die von ihm gedeckten Kredite »in Berlin verwendet« werden sollten. Ganz offensichtlich hatte Rieger versucht, die Partei unter Druck zu setzen, wie der damalige niedersächsische NPD-Vize Andreas Molau andeutete, der heute die Szene verlassen hat. Auffallend: 2008 wählten die Delegierten Rieger auf dem Bundesparteitag erst nach Empfehlung Voigts zum Bundesvize. Auch nach dem Tod von Rieger, der in Berlin bei einer Bundesvorstandssitzung einen Schlaganfall erlitt, lösten sich die Vorhaltungen und Unterstellungen nicht auf. Der neue Landesvorsitzende Klebe führte an der Elbe keinen Kurswechsel ein. Der ehemalige Kader des HS, der auch bei dem 2000 verbotenen Netzwerk »Blood & Honour« mitwirkte, schien nicht sehr engagiert die Parteigeschäfte zu führen. Sein früherer Mitstreiter beim HS Holthusen, so Aussteiger, soll vielmehr im Hintergrund die Parteiarbeit gemacht haben.

Diese Konflikte könnten mit ein Grund dafür sein, warum die sonst in Hamburg sehr agilen Kader der Partei mit Kameradschafts-Background sich in den letzten Jahren eher weniger engagierten. 2013 führte der Landesverband wenige öffentliche Aktionen durch. Der Verband versuchte aber den »nationalen Widerstand« enger zusammen zu führen. Auf Initiative des NPD-Landesgeschäftsführers Holthusen fand seit Mai 2013 jeden ersten Freitag im Monat ein gemeinsamer Stammtisch statt. Bis zu 40 Personen von der NPD aber auch dem »Kameradenkreis Neonazis in Hamburg« und dem »Hamburger Natio-

nalkollektiv / Weiße Wölfe Terrorcrew« kamen zusammen. Am 6. September führte die Polizei in dem Versammlungslokal in Hamburg-Langenhorn eine Razzia zur Feststellung der Identitäten durch. Insgesamt wurden 25 Personen überprüft, heißt es im Jahresbericht 2013 des Landesamts für Verfassungsschutz. Gut einen Monat vor der Bundestagswahl wollte am 13. August 2013 die NPD mit ihrem »Flaggschiff«, einem LKW, am Hauptbahnhof eine Kundgebung ausrichten. Breiter Protest war in der Innenstadt auf der Straße. Die Partei wich nach Lohbrügge aus. Dort wurde kurz angehalten und Kader schwangen Reden mit Parolen wie »Einwanderung stoppen« und »Raus aus dem Euro«. Im Bundestagswahlkampf führte der Verband ebenfalls wenige Infostände und Flugblattverteilungen durch. Lediglich die Wahlplakate der Partei mit Slogans wie »Geld für Oma statt für Sinti und Roma«, »Heimreise statt Einreise« oder »D-Mark statt Euro-Pleite« wurden aufgehängt. Kurz vor dem Wahltag richtete die NPD am 1. September in Wilhelmsburg eine interne Wahlveranstaltung aus. Gast im Hotel »Zur Linde« war nicht der aktuelle Bundesvorsitzende, sondern der alte Vorsitzende Voigt. Spontaner Gegenprotest führte zu einem frühzeitigen Abbruch der Veranstaltung. Am Wahltag erreichte die NPD an der Elbe 0,6 Prozent der Stimmen. Bundesweit das schlechteste Ergebnis der Partei. Nicht nur die internen Konflikte dürften zu dem schwachen Wahlergebnis und Wahlkampf geführt haben. In den vergangenen Jahren hat die Bundesführung wegen dem gestiegenen Wahlzuspruch in den Ost-Bundesländern sich weniger auf die West-Länder konzentriert. Bei der Bürgerschaftswahl 2011 hatte die Hamburger NPD noch 0,9 Prozent der Stimmen erhalten.

Im Vorfeld des Bundesparteitages 2013 griff Wulff unter dem Titel »NPD am Boden - Eine Partei zerstört sich selbst« erneut massiv die Parteiführung in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern an. Den damaligen Bundesvorsitzenden Holger Apfel, der von Pastörs anfänglich unterstützt wurde, bezeichnete er als »Lumpen« unter dessen Führung die »De-Solidarisierung und Entzweiung« und der »politische Verrat« zementiert wird. Und zu Pastörs merkte er an: »So kennen viele den Herrn Pastörs – viel Gerede, nichts dahinter! Ich nenne diese Haltung verantwortungslos«. Der Tod Riegers sei für ihn der Wendepunkt zum

Niedergang der Partei gewesen. Wenn die Kader dieser Partei zu »käuflichen Marionetten« würden, schrieb Wulff in der öffentlichen Stellungnahme, »dann passiert genau solch ein innerer und äußerer Zerfall einer (...) Partei, wie wir ihn zur Zeit erleben müssen.«

Keine guten Startbedingungen für die damals kommenden Wahlen in der Hansestadt. Im Vergleich zum Jahr 2012 ist zwar die Mitgliederzahl des Landesverbandes mit 130 ParteibuchinhaberInnen konstant geblieben. Aber auch 2014 konnte die NPD auf Bezirksebene keine Mandate erlangen. Wenn die Kandidatur zu Wahlen Ausdruck eines Parteizustandes sein soll, dann offenbarte die Bürgerschaftswahl in diesem Jahr, dass der Landesverband nicht stark aufgestellt ist. Die NPD trat nur in drei von sieben Bezirken an. Mit vielen ihrer Aktionen suchten sie erneut nicht die allgemeine Öffentlichkeit, sondern versuchten parteiintern zu wirken. In den Bezirken Wandsbek, Nord und Bergedorf warben sie verstärkt mit Plakaten, wie »Vorbild Schweiz. Masseneinwanderung stoppen« um Stimmen. Nach der Volksabstimmung in der Schweiz gegen Einwanderung fordert die NPD auch eine solche Abstimmung in Deutschland.

Direkt vor der Wahl verdankte der Landesverband jemand ganz anderem eine breite Öffentlichkeit. Am 27. April wollte die Volkshochschule Ost der NPD ein Forum bieten. Am Sonntag sollte sich die NPD, wenn sie wollte, beim »Markt der Parteien« in der Volkshochschule Ost mit einem Büchertisch präsentieren. Unter

dem Motto »Wahlen in Wandsbek - Spitzenkandidaten live« hatten die Veranstalter eine Diskussionsrunde mit den Spitzenkandidaten zur Bezirkswahl angekündigt. In der Nacht zu Sonntag

machte das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« die Einladung öffentlich. Drei Stunden später soll Gerhard Fuchs (CDU), der Vorsitzende des VHS-Vereins, die Ausladung übermittelt haben. Dass so eine Einladung überhaupt ausgesprochen wurde, fand Barbara Nittrich mehr als bedenklich. Die SPD-Bürgerschafts-abgeordnete, zuständig für das Thema Rechtsextremismus, sprach von einem »empörenden Vorgang«. Dieser »braunen Gruppierung« dürfte kein legaler Raum für die Verbreitung ihrer

menschenverachtenden Ideologie gegeben werden. In Hamburg schließen viele Veranstalter Rechtsextreme von Auftritten aus - unter Berufung auf das Versammlungsgesetz. »Mit der Einladung durchbrach die VHS diese Praxis«, sagt Felix Krebs, vom »Hamburger Bündnis«.

Der Landesverband soll nach eigenen Angaben sechs Kreisverbände haben. Nach den Bezirkswahlen suchten sie weiterhin nicht die Öffentlichkeit. Die Konflikte mit der Bundesführung führten bei der Landesführung aber nicht zu einer Abkehr von sozialen Themen vor Ort. Mit rassistischen Ressentiments versucht die NPD aktuelle Debatten mit rechtsextremen Positionen aufzugreifen und zu verbinden. So ist z.B. auf Facebook der Verband um Wulff mit dieser Strategie aktiv. Am 21. Juni 2014 warnen sie, wie schon auf der Landeswebseite regelmäßig, vor dem Zulauf von Flüchtlingen: »Wahnsinn! Für das Jahr 2014 werden 200.000 Asylanten erwartet. (...) Was kostet uns der ganze Spaß? Der rote Senat wird wohl noch mehr Asylantenheime einrichten und wieder einmal bei uns Deutschen sparen.« Auch die Weltmeisterschaft möchten sie nutzen um Sympathien zu gewinnen. Ein »T-Hemd« der NPD wird am 23. Juni beworben: »Wir stehen zu Deutschland - Nicht nur beim Fußball«. ■

Aktuelles von der Hamburger Kameradschaft

»Weisse Wölfe Terrorcrew«

von Marlene Hansen und Hülya Acar

Die aktuell in Hamburg bekannteste Kameradschaft ist die »Weisse Wölfe Terrorcrew« (im weiteren »WWT«). Der Kern der Gruppe, der ca. 10 Neonazis umfasst, gilt als äußerst gewaltbereit. In Folge interner Auseinandersetzungen spaltete sich die Kameradschaft »Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv« (»WWT/HNK«) kurz nach ihrem Entstehen. Aus ihr ging zum einen die »Weisse Wölfe Terrorcrew« und zum anderen die in Buchholz in der Nordheide agierende »Aktionsgruppe Nordheide« hervor, die aus dem »Hamburger Nationalkollektiv« entstand.

Im Oktober 2013 reaktivierte die »WWT« ihre Internetseite mit der Veröffentlichung eines Artikels anlässlich des Todes des SS-Hauptsturmführers Erich Priebke. In dem Artikel versucht die »WWT« die Mittäterschaft Priebkes bei einer Erschießungsaktion der SS an 335 italienischen Zivilisten auf geschichtsrevisionsistische Weise zu rechtfertigen. Erich Priebke gilt innerhalb der Neonaziszene als Ikone, da er sich bis zu seinem Tod nicht von der nationalsozialistischen Ideologie distanziert hat. Mit der Verfassung dieses Artikels bringt die »WWT« ihren positiven Bezug zum Nationalsozialismus zur Geltung.

Ein weiteres aktuelles Thema, zu dem sich die »WWT« medial äußert, ist die für ihr Bleiberecht kämpfende Gruppe »Lampedusa in Hamburg«. In ihrem Text unterstellt die »WWT« den Geflüchteten sie würden in Hamburg Kirchen und Moscheen besetzen

und die Stadt erpressen. Auch eine Messerattacke auf einen Angestellten des HVV schreibt die »WWT«, entgegen den Tatsachen, einem der Geflüchteten zu. So versuchen sie, rassistische Ressentiments zu schüren und fordern die Stadt Hamburg auf, sich nicht »erpressen zu lassen«. Damit bedient die »WWT« den bundesweit geführten Diskurs gegen »Asylbewerber«, bei dem

unterschiedlichste Akteure gegen vermeintliche »Asylbetrüger« und deren Unterkünfte in ihren Städten hetzen. Die Angriffe gegen Asylunterkünfte und Geflüchtete haben in Deutschland im letzten Jahr massiv zugenommen.

Ein weiterer Artikel auf der Website der »WWT« beinhaltet eine Stellungnahme zu den Hausdurchsuchungen, die im Juli 2013 bei Mitgliedern der Gruppe stattgefunden haben. Den Neonazis wurde die Bildung einer terroristischen Vereinigung nach §129 vorgeworfen. So sollen sich Kader der »WWT« mit weiteren Personen aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden zum sogenannten »Werwolf Kommando« zusammengeschlossen haben. Ihr Ziel sei es gewesen, das »politische System der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen«. Die einzige Zeugin in diesem Fall ist die Ex-Freundin eines Beschuldigten aus der Schweiz und es scheint aktuell, als könnten ihre Aussagen von den Behörden nicht bestätigt werden. Der beschuldigte Schweizer Neonazi wurde im Juni dieses Jahres in einem anderen Verfahren wegen versuchter vorsätzlicher Tötung zu einer Gefängnisstrafe von 12 Jahren verurteilt. Während die Ermittlungen im Fall »Werwolf-Kommando« weiterhin andauern und es derzeit so aussieht als würde das Verfahren eingestellt werden, kommen bundesweit aus der rechten Szene bereits die ersten Solidaritätsbekundungen. Dies zeigt zum einen die gute Vernetzung zu überregionalen Kameradschaften und zum anderen, dass die »WWT« in der Neonaziszene relativ etabliert und anerkannt zu sein scheint. Zu vermuten ist, dass dies an der nach außen präsentierten gewaltbereiten Attitüde der Mitglieder liegt. Auch der bekannte rechte Onlineshop »Streetwear Tostedt« bietet auf seiner Internetseite T-Shirts mit der Aufschrift »Werwolf Kommando« an. Bei einem Neonaziaufmarsch in Dessau im März 2014 trugen Neonazis T-Shirts mit der Aufschrift »Solidarität mit unseren Freunden

der WWT«. Naheliegender ist, dass der Erlös aus dem Verkauf der Shirts den Betroffenen für entstandene Anwalts-Kosten zu Gute kommen soll.

Auch wegen des Vorwurfs von Körperverletzungen, Beleidigungen und Bedrohungen kommt es immer wieder zu Gerichtsverfahren gegen die Gruppierung. Nicht selten nehmen diese einen anderen Ausgang als von den Betroffenen und Initiativen erwartet und erhofft wird. Dass die Mitglieder der WWT, vertreten durch einen extrem rechten Szene-Anwalt, vom Vorwurf im September 2012 in Berlin einen Menschen, den sie für einen Antifaschisten hielten, gejagt und schwer verletzt zu haben, freigesprochen wurden, empfinden lokale Initiativen, sowie der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick als Farce. Verschiedene Verfahren, beispielsweise wegen des Vorwurfs Anfang des Jahres 2013 im Schleswig-Holsteinischen Pinneberg eine Familie angegriffen zu haben oder im Februar 2014 Gäste eines Schnellimbisses am Hamburger Hauptbahnhof beschimpft und bespuckt zu haben, stehen noch aus.

In Hamburg tritt die Kameradschaft eher selten mit konkreten Aktionen in die Öffentlichkeit. Dies ist vermutlich auf eine starke, antifaschistische Präsenz in Hamburg zurückzuführen sowie auf eine Anfang letzten Jahres erschienene Broschüre, die sich explizit mit den Mitgliedern der »WWT« auseinandersetzt.

Im öffentlichen Stadtbild, sind vor allem in Barmbek, Bergedorf und Heimfeld/Harburg Sprühereien und Aufkleber der Gruppe wahrnehmbar.

In nächster Nähe zu den Wohnungen einiger Aktivisten der Kameradschaft wurden Aufschriften wie »WWT« und »C18« an den Häuserwänden hinterlassen. »C18« (»Combat 18 = Kampfgruppe Adolf Hitler«) steht dabei für die militante, bewaffnete Organisation aus dem in Deutschland verbotenen neonazistischen »Blood & Honour«-Netzwerk. Die Nähe zum diesem militanten Netzwerk macht die »WWT« auch mit ihren Gruppen T-Shirts deutlich. Diese sind gestalterisch angelehnt an das »Blood & Honour« Logo und zeigen die Aufschrift »Weisse Wölfe Terrorcrew« und einem stilisiertem Schlagring.

In den neonazistischen Zusammenhängen Hamburgs ist die Gruppe gut vernetzt. Mitglieder der »WWT« nahmen beispiels-

weise Ende September 2013 an dem »Stammtisch Hamburg« teil, welcher als Vernetzungstreffen zwischen NPD-AnhängerInnen und AktivistInnen der Freien Kameradschaften fungiert.

Des Weiteren ist die Gruppe immer wieder bei überregionalen neonazistischen Aufmärschen anzutreffen. So beispielsweise zuletzt in Magdeburg am 19.01.2014, bei dem jährlich stattfindenden »Trauermarsch« zur Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 - oder auch in Wittenberge am 05. April dieses Jahres. Zu beobachten ist hier, dass die »WWT« gute Kontakte zu deutschlandweit agierenden Neonazis pflegt, diese Vernetzung ausbaut und auch hin und wieder organisatorische Aufgaben bei überregionalen Demonstrationen übernimmt. Seit einiger Zeit ist eine überregionale Ausdehnung der Struktur zu beobachten. Am 1. Mai in Plauen trat das erste Mal die »WWT- Thüringen« in Erscheinung. Diese Entwicklung ist aufgrund vorhergehender freundschaftlicher Kontakte zwischen den Hamburger Neonazis und einem Neonazikader aus Thüringen zu erklären, der ebenso einen militanten Habitus pflegt wie die Hamburger Sektion. Vermutlich um gemeinsame Stärke zu signalisieren entstand die Sektion Thüringen.

Wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, lässt sich die Hamburger Gruppe in ihrem Aktionismus nicht durch Gerichtsverfahren und Verurteilungen von politischer Agitation und gewalttätigen Übergriffen abhalten. Exemplarisch sei hier noch einmal der



Prozess um die Aktion der sogenannten »Unsterblichen« in Harburg genannt, an dem die »WWT« maßgeblich beteiligt war. Der Aufzug produzierte im Nachgang eine große mediale Aufmerksamkeit. Für die Neonazis bedeutete dies Hausdurchsuchungen und langwierige Prozesse. Als die Verfahren nach langer Zeit gegen geringe Geldzahlungen eingestellt wurden, agierte die »WWT« weitgehend unberührt und scheinbar unbeeindruckt weiter. ■

Rechtsrock in Hamburg

von Isa Kramer

Der Begriff Rechtsrock beschreibt eine Fülle von Musikrichtungen, die Inhalte mit neonazistischer und extrem rechter Ideologie umfassen. Im englischen Sprachraum ist die Abkürzung »RAC« (»Rock against Communism«) weit verbreitet, welche als selbstgewählte Sammelbezeichnung die Rechtsrock-Szene umschreibt. »RAC« konstituierte sich 1977 vor allem als Gegenbewegung zu »Rock against Racism«, einer antirassistischen Musikinitiative in Großbritannien.

Wichtige Bezugspunkte für den Rechtsrock: »Skrewdriver« und »Blood and Honour«

Die ersten Erfolge des klassischen Rechtsrocks konnte ab 1977 die Band Skrewdriver aus Großbritannien erzielen. Skrewdriver dient bis heute als Vorbild für viele Bands, sowie dessen verstorbener Frontmann Ian Stuart Donaldson als Held der rechtsradikalen Szene. Donaldson gilt als Begründer des »Blood & Honour« Netzwerks, dessen Name angelehnt an den historischen Nationalsozialismus ist. Die Worte »Blut und Ehre« wurden in die Fahrtenmesser der Hitlerjugend eingraviert. »Blood & Honour« ist eine Organisation, die geheime Konzerte veranstaltet, indizierte Musik vertreibt und damit eine rechte Erlebniswelt gestaltet und anbietet. Der Organisation zugehörig ist ein neonazistisch-terroristischer, bewaffneter Arm, genannt »Combat 18« (»Kampfgruppe Adolf Hitler«). In Hamburg und Pinneberg

(Schleswig Holstein) gab es zwischen 2001-2003 einen Ableger dieser Organisation, welcher sich »Combat 18 Pinneberg« nannte.

Jedes Jahr veranstalten Neonazis aus dem »Blood & Honour« Netzwerk sogenannte »Ian Stuart Memorial«-Konzerte. Diese

finden vor allem in Europa und den USA statt. Zu diesen Konzerten reisen Rechtsrockbands und tausende Neonazis aus aller Welt an. Aufgrund des Verbotes von »Blood & Honour« in Deutschland tritt die Organisation nur noch verdeckt in Erscheinung. Eine auffällige Überschneidung der Strukturen und Akteure gibt es mit dem derzeit in Deutschland aktiven »Honour & Pride« Netzwerk.

Rechtsrock als Motor der rechtsradikalen Szene

Auch in Deutschland finden jährlich hunderte Rechtsrock-Konzerte statt. In der Vergangenheit wurden viele Konzerte von AntifaschistInnen öffentlich gemacht und verhindert. Dies hat zur Folge, dass Neonazikonzerte immer häufiger als private Veranstaltungen, z.B. als Geburtstage getarnt und geheim organisiert werden. Dadurch können zahlreiche Konzerte unbemerkt stattfinden. Somit wird ebenfalls ein Veranstaltungsverbot im Vorfeld umgangen und die Suche nach einem Veranstaltungsort erleichtert. Einen hohen Eintrittspreis für diese »privaten Feiern« bezahlen die Gäste dennoch, was das Vorgehen der Neonazis als Strategie enttarnt. Tonträger und weiteren Merchandise, wie T-Shirts, Fanzines etc. werden direkt bei den Konzerten verkauft, in rechten Szeneläden oder einschlägigen Mailorderversänden online angeboten. Über diese Verkäufe und die Eintrittsgelder der Konzerte wird die Neonaziszene mitfinanziert.

Durch die Texte der Rechtsrockbands wird das rassistische und neonazistische Gedankengut und Weltbild der Rechten verbreitet. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene hat Rechts-

rock eine hohe Anziehungskraft. Besonders Lieder von Rechtsrockbands in denen es auch um Freundschaft, Zusammenhalt und Fußball geht, werden von Jugendlichen bedenkenlos gehört und schnell verbreitet. Gezielt wird diese Zielgruppe von den Neonazis angesprochen, wobei Rechtsrock als niedrigschwellige »Einstiegsdroge« in die rechte Szene fungiert, sowie rassistische Einstellungen verstärkt und festigt. Der gemeinsame Besuch von Konzerten, das Hören von teils indizierter Musik und der rebellische Habitus haben eine identitätsstiftende Wirkung. Dabei wird ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt, welches die Abgrenzung von dem »Wir« zu den »Anderen« verstärkt.

Immer wieder berichten AussteigerInnen aus der Szene, dass sie über das Hören von Rechtsrock und den Besuch von Konzerten in die Szene gekommen sind. ExpertInnen weisen auf den Zusammenhang hin, dass auffällig oft vor politisch rechts motivierten Gewalttaten Rechtsrock gehört wurde. Viele Texte enthalten gewaltverherrlichende Inhalte, beispielsweise werden Angriffe auf »Asylanten« und Unterkünfte als Heldentaten glorifiziert. Aggressionen werden geschürt und gezielt Hass auf Menschen, die nicht ins Weltbild passen, projiziert. Häufig kommt es nach Konzertbesuchen rechtsradikaler MusikerInnen auf Angriffe gegen nicht-rechte Menschen.

Blick nach Hamburg

»Abtrimo« ist eine »RAC« Band aus dem Raum Bergedorf. Im Jahre 2010 hat sich die fünfköpfige Gruppe gegründet und spielte seitdem mehrere Konzerte in ganz Deutschland. Im Mai 2012 hatte die Neonazi-Skinhead Band ihren bislang größten Auftritt bei einem »Honour & Pride« Konzert in Nienhagen.

Neben der Bremer Rechtsrock Band »Endstufe« traten auch internationale »RAC« -Bands wie »Brassic« (USA) und »Les Vilains«

(Belgien) auf. Angelehnt an die Bremer Szene-Legenden von »Endstufe«, mit ihrer »Endstufe Crew« hat auch »Abtrimo« eine Crew. Die »Abtrimo Crew« ist ein Freundeskreis aus dem Umfeld der Band, die regelmäßig bei Konzerten mitreisen und sich um den Schutz der Veranstaltungen kümmern oder diverse organisatorische Aufgaben rund um die Auftritte übernehmen.

Im Juli 2013 trat die Band gemeinsam mit einer weiteren Hamburger Band, den »Likedeelers«, in Lachendorf (Niedersachsen) auf. Nur drei Monate später fanden sich »Abtrimo-Band« und »Abtrimo-Crew« im beschaulichen Wellendorf (Niedersachsen) wieder, um ein Konzert mit der »RAC«- Band »Faustrecht« aus dem Allgäu zu spielen. Da die Nazis sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ins Dorfgemeinschaftshaus eingemietet hatten, löste die zuständige Gemeindeverwaltung den Mietvertrag wieder auf und die Polizei beendete das Konzert.

Die Band spielte zudem weitere konspirativ organisierte Konzerte, die sie erst im Nachhinein auf Facebook bekannt gaben. So auch das Konzert in Hamburg am 26.04.2014, auf dem »Abtrimo« gemeinsam mit »Bronco Army« (Brasilien) auftraten.

Bisher veröffentlichte die Band eine LP mit dem Titel »7 auf einen Streich«, welche im August 2013 indiziert wurde. Des Weiteren erschien eine Split-EP mit der »RAC«- Band »Likedeelers« unter dem Titel »Norddeutscher Untergrund«, welches in Anlehnung an den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gedeutet werden kann. Ein Song von »Abtrimo« erschien außerdem auf dem Sampler »United Skins For Freedom Of Speech Volume 2«.

Um eine Internetpräsenz ist die Band ebenfalls bemüht, auf ihrer Facebook-Seite haben sie über 700 »Fans«. Die Seite wird auch dazu genutzt Fotos von Fan-Tattoos zu veröffentlichen und »Abtrimo« T-Shirts zu bewerben. Die Werbung für ihre neue EP mit dem Titel »Schenk mal wieder Blumen!« zeigt zwei verletzte Menschen, die als Anarchist bzw. Kommunist gekennzeichnet sind.

Gefahren für Hamburg

Die Etablierung von Hamburger Rechtsrockbands führt mittelbar zu einer Stärkung der Neonaziszene in Hamburg, da es durch lokale Bands einen gemeinsamen regionalen Bezugspunkt in der Rechtsrockszene gibt. Vor allem junge Menschen finden somit einen eher niedrigschwelligen Anknüpfungspunkt zur rechten Szene in Hamburg. ■

Das Mobile Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
www.hamburg.arbeitundleben.de
www.dgb-jugend-nord.de

Das Beratungsnetzwerk gegen

Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter.

Tel: 040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Mehr Infos unter:

www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. und der DGB-Jugend Nord.

Im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN

– KOMPETENZ STÄRKEN« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-68

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Katharina Höfel

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd